Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten inkrusive Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bis 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage.
Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Oswald Funke, Schirmgeschäft
Bürgerstrasse 44 **Dresden-Pieschen** Bürgerstrasse 44.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten".**

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Kunst-Salon von **Emil Richter**
Prager Strasse
Geschäftsstelle der
Vereinigung der Kunstfreunde.

Patienten mit **Rückgratsverkrümmung** behaftet, finden Heilung oder wesentliche Besserung ihres Leidens durch Tragen des neuen verbesserten Supporter Korsetts, welches von **Carl Wendschuch's Etablissement Struvestr. 11** hergestellt wird.

Nr. 29. Spiegel: Der nationalliberale Zug nach links. König Friedrich VIII. von Dänemark. Fluß- und Kanalschiffahrt, Landtagsverhandlungen, Reichstagsdiäten, Tabakarbeiterkongreß. | Mutmaßl. Witterung: **Kühl, veränderlich.** | **Mittwoch, 31. Januar 1906.**

Der nationalliberale „Zug nach links"

macht sich fortgesetzt mit einer alle besonnenen realpolitischen Erwägungen beiseite schiebenden Hartnäckigkeit bemerkbar, die der im Gesamtinteresse unseres nationalen Lebens so überaus wünschenswerten Wiederannäherung des gemäßigten Liberalismus an die konservativen Parteien steigende Hindernisse in den Weg legt. Wie die Dinge einmal liegen, läßt sich nicht mehr verkennen, daß die Verhältnisse innerhalb der nationalliberalen Partei langsam, aber sicher einer Krisis zutreiben, wenn es den einsichtigen und erfahrenen Elementen nicht noch rechtzeitig gelingt, die immer begehrlicher aufschäumenden radikalen Gewässer zurückzudämmen und einen befriedigenden, auf die Dauer berechneten Ausgleich der Gegensätze herzustellen. Wer die Entwicklung des „Zuges nach links" im gemäßigten Liberalismus genauer verfolgt und beobachtet hat, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß — leider! — der Einfluß der radikalisierenden Elemente bis jetzt wenigstens eine stetige Vermehrung erfahren hat. Es ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, daß die schärfere Richtung, die organisatorisch in dem „Reichsverbande der Vereine der nationalliberalen Jugend" ihre Hauptstütze besitzt, sich bereits den überwiegenden Teil der Parteipresse in solchem Maße dienstbar zu machen verstanden hat, daß beispielsweise selbst ein so angesehenes Blatt wie die „Köln. Ztg." schon nicht mehr ernstlich wider den radikalen Stachel zu lecken wagt. Je mehr aber die öffentliche Erörterung von den Schürern des „Zuges nach links" beherrscht wird, desto schwerer muß es naturgemäß den älteren gereiften Führern der Partei fallen, ihre überlegene Autorität zur Geltung zu bringen und den parteioffiziellen Kurs auf einer vernünftigen mittleren Linie zu halten. Dazu kommt, daß auch ein erheblicher Teil der ehemals auf gemäßigt liberalem Boden stehenden Wählerschaft in den Bannkreis der linksliberalen Treibereien eingetreten ist. Es lassen sich hier ziemlich genau abgegrenzte Bezirke unterscheiden, und zwar kann man im allgemeinen sagen, daß Norddeutschland und der Osten ebenso fest auf den Grundsätzen des alten gemäßigten Liberalismus beharren, wie Süddeutschland und der Westen sich mit ausgesprochener Entschiedenheit der jungliberalen Richtung zugewandt haben, während das Königreich Sachsen eine Mittelstellung einnimmt. Im Norden zumal ist die Stimmung derartig, daß die „Hamb. Nachr." vor einiger Zeit die Erklärung abgeben konnten, viele hochangesehene Mitglieder der Partei hätten sich bereits ernstlich die Frage vorgelegt, ob unter solchen Umständen ihre fernere Zugehörigkeit zu dem gegenwärtigen politischen Verbande des gemäßigten Liberalismus, der diesen Namen bei weiterem Fortschreiten des Radikalisierungsprozesses überhaupt nicht mehr mit sachlichem Rechte zu führen vermöchte, noch mit ihrem Gewissen vereinbar wäre.

Neuerdings ist es namentlich der preußische Schulgesetzentwurf, der die linksliberalen Gemüter stark erhitzt und sie zu immer schärferen Angriffen gegen die Vertreter einer gemäßigten Politik treibt. Nachdem in dieser Frage, in der die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Parteileitung das bekannte, auch an dieser Stelle eingehend gewürdigte Kompromiß abgeschlossen hat, zuerst die Leipziger Jungliberalen mobil gemacht und die parteioffiziellen Zirkel in rücksichtslosester Weise gestört hatten, ist jetzt ein neuer Vorstoß nach derselben Richtung von dem in den letzten Tagen in Mainz versammelt gewesenen Reichsverbande der nationalliberalen Jugendvereine ausgegangen. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Schulgesetzentwurf und damit auch seine Grundlage, das konservativ-nationalliberale Schulkompromiß, worauf die preußische Regierung ihre Vorlage aufgebaut hat, schlechthin verwirft, weil er „kulturfeindlich" sei und „die Schule in den Dienst reaktionärer Bestrebungen" stelle. Das sind dieselben, durch keine Sachkenntnis getrübten agitatorischen Redensarten, deren tendenziöse Zuspitzung bereits bei der Kritik der ähnlich lautenden Leipziger Beschlüsse bei früherer Gelegenheit nachgewiesen wurde. Erregte schon damals das radikale Vorgehen der Leipziger „Jungen" mit vollem Recht den Unmut der älteren, mit politischer Erfahrung und Verantwortungsbewußtsein ausgestatteten Führer der nationalliberalen Partei, so kann es nicht wundernehmen, daß die blinde Nachbetung derselben hohlen Phrasen durch die Mainzer Versammlung die Geduld der Parteileitung vollends ins Wanken gebracht hat. Ein sehr deutlicher Ausdruck der gereizten Stimmung, die an den leitenden Stellen der Partei herrscht, ist eine geharnischte Verlautbarung der parteiamtlichen „Nationalliberalen Korresp.", worin die „Jungen" einen derben und ungeschminkten Rüffel dafür erhalten, daß sie sich unterfangen haben, „noch vor der nahe bevorstehenden Sitzung des Zentralverbandes Stellung zu einem in Beratung befindlichen Gesetzentwurfe zu nehmen und wiederum den Versuch zu machen, der parlamentarischen Vertretung der Partei in den Rücken zu fallen". Weiter wird in der Kundgebung das Bedauern ausgedrückt, daß der Reichsverband es sich nicht versagen könne, „auf dem Gebiete der gedankenlosen Schlagworte in eine Konkurrenz mit anderen Parteien einzutreten". Daß im übrigen derartige leere Phrasen auf die nationalliberale Fraktion irgend welchen Eindruck machen könnten, werde der Reichsverband wohl selbst nicht glauben.

Eine derartige Abkanzelung haben die „Jungen" in der nationalliberalen Partei durch ihr ganzes bisheriges Gebaren nur zu wohl verdient. Als die nationalliberalen Jugendvereine gegründet wurden, trugen die Führer der Partei sich mit der Hoffnung, daß sie dem gemäßigten Liberalismus neuen Nachwuchs zuführen und diesen im Sinne der gemäßigt liberalen Grundsätze politisch zu erziehen bemüht sein würden. Statt dessen haben sich die „Jungen" bislang lediglich als radikale Quertreiber erwiesen, die bei jeder Gelegenheit der Parteileitung Knüppel zwischen die Beine werfen und sich ein von radikaler Unverträglichkeit und Nörgelsucht diktiertes Zensor- und Richteramt gegenüber den alten und erprobten Führern der Partei anmaßen, eine Ueberhebung, in der sie bedauerlicherweise in dem oben geschilderten Umfange durch einen Teil der liberalen Presse und Wählerschaft unterstützt und gefördert werden. Der gemäßigte Liberalismus darf diese unaufhörlichen linksliberalen Anstürme nicht auf die leichte Achsel nehmen. Es handelt sich dabei auf die Dauer für ihn geradezu um eine Lebensfrage, weil die Grenzen zwischen ihm und dem Linksliberalismus sowohl durch seine glänzende nationalgeschichtliche Vergangenheit, wie durch die hohen und verantwortlichen Aufgaben, die das nationale, wirtschaftliche und soziale Leben der Gegenwart auf dem Gebiete des einträchtigen Zusammenwirkens mit dem Konservatismus an seine schöpferische und gestaltende Kraft stellt, scharf vorgezeichnet sind, und weil er darüber nicht hinwegschreiten kann, ohne sein eigentliches innerstes Wesen preiszugeben und zu zerstören.

Die beiden großen Probleme der Gegenwart, die wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie und die möglichste Ausschaltung des vorherrschenden ultramontanen Einflusses aus unserem öffentlichen Leben, können nur dann einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, wenn die bedeutsamen staatserhaltenden und protestantisch-nationalen Kräfte, die sich in unserem Konservatismus und gemäßigtem Liberalismus verkörpern, dauernd zu gemeinsamer Arbeit frei gemacht werden. Je mehr aber der Radikalismus in der nationalliberalen Partei die Oberhand gewinnt, desto unfreier muß sie auch mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes in nationaler und staatserhaltender Hinsicht werden. Je mehr sich der gemäßigte Liberalismus in die Fesseln des Radikalismus schlagen läßt, desto allgemeiner und unmittelbarer wird für die ganze Partei die Gefahr einer Entwicklung, auf die durch das jüngste Wahlbündnis des badischen Nationalliberalismus mit der Sozialdemokratie ein so grelles, weithin bemerktes Schlaglicht gefallen ist, daß der höchste verantwortliche Beamte des Reiches selbst sich in seinem Gewissen verpflichtet fühlte, in seiner im preußischen Herrenhause letzthin abgegebenen Erklärung in Sachen der Wahlrechtsdemonstrationen eine solche den elementarsten ordnungsparteilichen Anforderungen schnurstracks zuwiderlaufende Handlungsweise an den Pranger zu stellen. Nicht minder schädlich ist das Hinüberpendeln des bisher gemäßigten Liberalismus zum Radikalismus für die erfolgreiche Führung des Kampfes wider den Ultramontanismus. Mit der zielbewußten Bekämpfung und tunlichsten Ausmerzung aller ultramontanen Schädlichkeiten in unserem vaterländischen Gesamtorganismus ist der Name des gemäßigten Liberalismus in seiner Blütezeit auf das engste verknüpft. Um so empfindlicher würde sich für unsere geistige und kulturelle Weiterentwicklung das Ausfallen des gemäßigten Liberalismus als eines die allgemeine Lage mitbeherrschenden Faktors fühlbar machen, wie es mit der gänzlichen Ueberwucherung der nationalliberalen Partei durch die nach links drängenden Elemente unzertrennlich verbunden wäre. Gerade das preußische Schulkompromiß, um das die gemäßigten und die radikalen Geister in der nationalliberalen Partei so besonders heftig aufeinandergeplatzt sind, gibt einen eindrucksvollen Beweis dafür, welche hohen Güter im Falle einer von linksliberaler Seite bewirkten Durchkreuzung des konservativ-nationalliberalen Zusammengehens auf dem Spiele stehen. Der leitende Gedanke der preußischen Schulaktion ist eben die Ausschaltung des ultramontanen Einflusses, die Beseitigung der Gefahr, daß die Schule, dieses kostbare nationale Gut unseres Volkes, vom Zentrum mit Beschlag belegt wird. Deshalb haben sich die einsichtigen und besonnenen Führer des preußischen Liberalismus mit den Konservativen auf dem gemeinsamen Boden des Schulkompromisses zusammengefunden. Wenn nun die „Jungen" in der nationalliberalen Partei gleichwohl mit allen Kräften an der Zerstörung dieses Kompromisses arbeiten, so leisten sie dadurch nur der Auslieferung der Schule an den Ultramontanismus Vorschub und befördern so im blinden Eifer gerade die Reaktion, die sie angeblich bekämpfen wollen. Wie es aber in dem einen Falle geht, so wird es auch sonst sein: Die Umklammerung des gemäßigten Liberalismus durch den Radikalismus kann keinen anderen Erfolg in der praktischen Politik haben, als daß dadurch in fortschreitendem Maße die Aufrechterhaltung und Verteidigung der staatserhaltenden und geistig-sittlichen Güter unseres Volkes gegenüber dem Umsturz und dem Ultramontanismus geschwächt und gefährdet wird. Hierin liegt das Moment, das der gegenwärtigen Krisis innerhalb des gemäßigten Liberalismus weit über die engeren Parteigrenzen hinaus Bedeutung verleiht.

Neueste Drahtmeldungen vom 30. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Vorlage wegen Abänderung einiger hessischer und badischer Reichstagswahlkreise wird in dritter Lesung endgültig angenommen und dann die 2te Beratung des Gesetzentwurfs über die Hilfskassen fortgesetzt. Abg. Becker-Hessen (natl.): Das gegenwärtige Hilfskassengesetz reiche allerdings nicht aus, um allen beklagten Mißständen abzuhelfen. So biete es keine Handhabe, um die Gründung von Schwindelkassen zu verhindern. Aber es biete doch anderseits Handhaben genug, um wenigstens eine ganze Anzahl von Mißständen zu beseitigen, wofern nur die Verwaltungsbehörden mit der nötigen Schärfe vorgehen. Bisher sei aber die Aufsicht mangelhaft gewesen. Mit dem Entwurf werde jedenfalls die Beseitigung der Schwindelkassen viel zu teuer erkauft. (Sehr richtig!) Einverstanden könne man allenfalls mit einem solchen Gesetze sein, wenn es sich um Kassen handle, die neugegründet würden, aber auf die bestehenden Kassen dürfe es keine rückwirkende Kraft haben. — Direktor Caspar im Reichsamt des Innern betont, es werde in keiner Weise beabsichtigt, soliden Kassen die Existenz zu erschweren, ebenso wenig auf die Hilfskassen die versicherungstechnischen Grundlagen der Privatversicherung anzuwenden. Das bestehende Gesetz verlange jedenfalls insofern, als es ein Einschreiten schon bei der Gründung von Schwindelkassen nicht zulasse, sondern erst, wenn das Unglück schon geschehen sei. — Abg. v. Brockhausen (kons.) ist mit seinen politischen Freunden der Ansicht, daß der von der Regierung vorgeschlagene Weg, um den vorhandenen Mißständen abzuhelfen, doch wohl der zweckmäßigste sei. Daß die Hilfskassen segensreich gewirkt, erkennen seine Freunde an, ebenso daß deshalb die soliden Kassen in ihrer Existenzfähigkeit geschützt werden müßten. Seine Freunde würden daher auch, falls das bestehende Hilfskassengesetz nicht sollte aufgehoben werden, gern daran mitarbeiten, daß das Gesetz entsprechend revidiert werde, um eine Abhilfe der Mißstände zu ermöglichen. — Geh. Rat Jaub macht zu gunsten der Vorlage geltend, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz ihnen sogar gestatte, sich freier zu bewegen. Eine große Reihe von Beschränkungen käme in Wegfall, so in bezug auf Familien-Unterstützung, desgleichen in Schwangerschaftsfällen, ferner in bezug auf Anschließung von Mitgliedern, welche bisher in sehr einschränkender Weise geregelt sei. Auch die Selbstverwaltung werde vielfach erweitert. — Abg. Schrader (freis. Ver.) spricht gegen die Vorlage. Das bestehende Hilfskassengesetz ermögliche eine ausreichende Aufsicht. Man möge nur davon Gebrauch machen. Besseres gewährt die Aufsicht durch das Versicherungsamt auch nicht. — Abg. Schack (Wirtsch. Ver.) spricht sich in gleichem Sinne aus. Die Unterstellung unter das Aufsichtsamt für Privatversicherung biete keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung. Er denke da an eine Berliner Lebensversicherungsgesellschaft, in deren Aufsichtsrat neben verschiedenen Kommerzienräten sogar ein Mitglied des Reichstags sitze. Gewisse Grundsätze, etwa über den Reservefonds und dergleichen mehr, könnten einfach in das bestehende Hilfskassengesetz aufgenommen werden, falls man sie für notwendig halte. — Abg. Stadthagen (Soz.) verwirft ebenfalls die Vorlage unter Hinweis auf Pläne zur Vernichtung der Selbstverwaltung auch der Zwangskassen, wie sie im Herrenhause durch den Reichskanzler und hier im Reichstage durch den Abgeordneten Mugdan in den letzten Sessionen offenbart worden seien. Die jetzige Vorlage sei eine unbrauchbare Schülerarbeit. (Präsident Graf Stolberg rügt diesen Ausdruck.) — Abg. Meier-Jobst (freis. Volksp.) wendet sich gleichfalls gegen die Vorlage, durch die ein großer Teil der Saisonarbeiter einfach rechtlos werde. Das einzig Richtige sei, an das bestehende Hilfskassengesetz die bessernde Hand anzulegen. — Abg. Itschert (Zentr.) hat gleichfalls den Eindruck, als richte sich die Vorlage weniger gegen Schwindelkassen, als gegen die Hilfskassen überhaupt und deren Selbstverwaltung. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn man den Schwindelkassen entgegentreten wolle, so müsse man auch die Aufsichtsbefugnisse verstärken. Eine besondere Gesetzgebung gegen Schwindelkassen sei nicht möglich. — Die Vorlage wird an eine besondere Kommission verwiesen. — Schluß der Sitzung 4½ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Toleranzantrag des Zentrums und Wahlrechtsantrag der Sozialdemokraten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags setzte die Beratung des Kolonialetats, und zwar bei dem für Kamerun, fort. Dazu lag die Petition des Kings Akwa vor, die aber vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt wurde, und zwar auf Wunsch der Kolonialverwaltung, die Wert darauf legt, erst das gesamte Material zu besitzen, das der Gouverneur v. Puttkamer mitbringen will. Im Laufe der Debatte wurde regierungsseitig mitgeteilt, nach den eingegangenen Nachrichten gewinne es den Anschein, als ob die Batanga-Mine durch ihr Kameruninstem die Unruhen in Südkamerun veranlaßt hätte. Weiterberatung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Steuerkommission des Reichstags setzte heute die Beratung der Tabaksteuervorlage fort. Die Regierungsvorlage wurde in allen Teilen abgelehnt, und zwar einstimmig bis auf Nr. F Zigarrenzoll, die mit allen gegen 7 Stimmen fiel. Ein Kompromißantrag des Zentrums und der Nationalliberalen wurde mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wurde der Zentrumsantrag angenommen, wonach es bei den bisherigen Zollsätzen verbleiben soll, mit Ausnahme des Zolls für feingeschnittenen Tabak, der auf 300 Mk. erhöht werden soll. § 2, Tabaksteuer, wurde nach dem Zentrumsantrage angenommen, die Steuer auf Tabakblätter demnach auf 45, für Krumpen auf 40 Mk. festgesetzt. Ferner wurde ein Antrag Lichtenberger

Trinkt nur **Adriaguty** Preis per ½ Flasche Mk. 1.25 exkl. Glas.